

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,  
sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Die tiefe ökonomische Krise bedroht zahlreiche Volkswirtschaften und Menschen in Europa aber auch in anderen Teilen der Welt. Von den sogenannten Rettungsmaßnahmen profitieren nur wenige! Die Konzentration auf das Problem der Staatsverschuldung klammert die unregulierten Finanzmärkte und ungleiche wirtschaftliche Entwicklungen aus – die sind es aber, die die weltweite Wirtschaftskrise verursacht haben. Darum drängen wir die österreichische Bundesregierung und das österreichische Parlament auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene für folgende grundlegende Änderungen einzutreten:

**1. Eine umfassende Regulierung der Finanzmärkte, sowie eine gerechte Besteuerung von Finanzvermögen**

**Durch die** Einführung einer stärkeren Besteuerung von Vermögen in Österreich, sowie die sofortige Umsetzung der **Finanztransaktionssteuer** sollen Mittel für weltweite Armutsbekämpfung, Klimaschutz oder die Durchsetzung globaler sozialer Mindeststandards generiert und eingesetzt werden. Spekulative Finanzprodukte müssen endlich konsequent verboten werden. Durch ein europaweit koordiniertes Vorgehen gegen Steueroasen muss verhindert werden, dass riskante Finanzgeschäfte verlagert und Steuern hinterzogen werden. Spekulationen mit Agrarrohstoffen dürfen nicht länger den Hunger in der Welt verschärfen.

**2. Die Bekämpfung wirtschaftlicher Ungleichgewichte**

Österreich wie Deutschland produzieren Leistungsbilanzüberschüsse. Diese einseitig auf den Export ausgerichtete Wirtschaftsstruktur ist eine Belastung für andere Länder. Statt des bisherigen Wachstums- und Stabilitätspakts und seiner vorgesehenen Verschärfung mit nationalen Schuldenbremsen müssen Obergrenzen für Leistungsbilanzungleichgewichte in der Euro-Zone verbindlich festgelegt werden. Weiters muss sich die EU von ihrem verstärkten Marktzugangsdruck gegenüber Entwicklungsländern verabschieden. Die aktuelle EU-Handelsstrategie orientiert sich primär an Außenhandelsinteressen der europäischen Unternehmen und nicht an den Bedürfnissen der Menschen.

**3. Die Schaffung eines internationalen Insolvenzverfahrens**

Für alle überschuldeten Länder muss ein faires und transparentes Schiedsverfahren eingerichtet werden, das neben dem angemessenen Schutz der Souveränität der betroffenen Staaten die Grundpfeiler des Insolvenzrechts enthält: Rechtsstaatlichkeit, Schuldnerschutz und Wahrung der Gläubigerinteressen.

**4. Armutsreduktion durch EU-Entwicklungspolitik**

Was in den letzten Jahren versäumt wurde, muss nachgeholt werden: Menschen müssen wieder im Mittelpunkt der Politik stehen. Daher braucht es auch ein politisches Bekenntnis der EU in der Entwicklungszusammenarbeit zu einer echten und nachhaltigen Armutsreduktion mit klaren sozialen Zielsetzungen und Zeitspannen sowie der Umsetzung der **0,7 Prozent des BNI für Entwicklungszusammenarbeit** durch die europäischen Mitgliedsstaaten.

Mit freundlichen Grüßen



Inge Jäger, Vorsitzende Südwind Entwicklungspolitik